

**BAND 17: UNTERSTÜTZUNG DER ARBEITSMARKTPOLITISCHEN ZIELGRUPPE „NEET“
STUDIE VON ISW, IBE UND JKU IM AUFTRAG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR ARBEIT,
SOZIALES UND KONSUMENTENSCHUTZ**

Autoren	--
Erscheinungsjahr	Dezember 2014
Erscheinungsort	Wien
ISBN	978-3-99046-109-9
Seitenanzahl	612
Preis	34 Euro

KURZBESCHREIBUNG

Die Studie geht den Fragen nach, wie viele Jugendliche in Österreich von einem NEET-Status betroffen sind, welche sozialstrukturellen Merkmale sie aufweisen und was die Ursachen für ein erhöhtes NEET-Risiko sind. Weiterhin wird untersucht, von welchen Faktoren ein (erfolgreicher) Ausstieg aus der NEET-Situation abhängt. Zur Beantwortung dieser Fragestellungen wird ein Mehr-Methoden-Zugang gewählt, der sich auf quantitative und qualitative Elemente stützt. Es wird gezeigt, dass in Österreich im Zeitraum von 2006 bis 2011 im Durchschnitt rund 78.000 junge Menschen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren von Desintegration, im Sinne eines NEET-Status betroffen sind. Die Anzahl an NEET-Jugendliche ist jedoch stark von der Konjunktur abhängig, und stieg beispielsweise in den Krisenjahren 2009 und 2010 deutlich an. Ein erhöhtes NEET-Risiko haben frühe SchulabgängerInnen, (weibliche) Jugendliche mit Betreuungspflichten, Jugendliche mit Migrationshintergrund der 1. Generation, Jugendliche, deren Eltern eine geringere Bildung haben, und Jugendliche, die in Städten leben. Allerdings wirken viele der genannten sozialstrukturellen Merkmale nicht direkt auf den NEET-Status ein, sondern nur indirekt. Die NEET-Gruppe ist sehr heterogen und entsprechend vielfältig sind die Ursachen, Bedürfnis- und Problemlagen. Als eine zentrale Hauptursache mit direkter Wirkung auf den NEET-Status konnte ein früher Schulabgang identifiziert werden. Zur Senkung der NEET-Rate plädiert der Beitrag für Strategien gegen frühen Schulabbruch und für Maßnahmen, die an den individuellen Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen und niederschwellig sind. Weiters werden Maßnahmen für (neue) Zielgruppen, Maßnahmen zur Vernetzung und Koordinierung relevanter AkteurInnen und Maßnahmen auf regionaler Ebene sowie eine Weiterentwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorgeschlagen. Darüberhinaus werden konjunkturbelebende Maßnahme empfohlen, insbesondere durch öffentliche Investitionen in den Ausbau der Bildungs- und Kinderbetreuungsinfrastruktur.